

Warum Attac die Beteiligung an einer Bundestagspetition ablehnt

In einer Online-Petition an den Deutschen Bundestag fordern gegenwärtig über 30 000 Menschen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Mehrere Tausend beteiligen sich an einer lebhaften Debatte. Auch wenn die großen Unterschriftensammlungen erheblich mehr UnterzeichnerInnen gewinnen konnten, so ist dies doch ein beeindruckendes Ergebnis und bisher einmalig in der Geschichte der Bewegung für ein bge. Das zeigt, dass es ein weit verbreitetes Bedürfnis nach einem neuen, umfassenden und tatsächlich alle erfassenden sozialen Sicherungssystem in Deutschland gibt.

Dennoch unterstützt die AG genug für alle von attac Deutschland die Petition nicht. Wir anerkennen die Absicht der Initiatorin und der UnterzeichnerInnen, die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens zu befördern, befürchten aber, dass sie ihr mit dem gewählten konkreten Mittel der Bittstellung an den Deutschen Bundestag letztlich eher schaden als nützen.

Es ist zu erwarten, dass der Petitionsausschuss des Bundestages die Petition abweisen wird. Sollte sie aber im Plenum zur Abstimmung kommen, so kann mit Gewissheit davon ausgegangen werden, dass sie spätestens dort abgelehnt wird. Das könnte sich nicht nur negativ auf das Vertrauen der PetentInnen in die politischen Entscheidungsträger und die Demokratie allgemein auswirken. Das macht uns zwar nicht die allergrößte Sorge, reflektiert es doch lediglich die Tatsache, dass sich die VolksvertreterInnen ohnehin recht weit von der Meinung der WählerInnen entfernt haben, dennoch kann ein solcher Effekt dazu führen, dass die Motivation, sich für die eigenen Interessen und Ideen einzusetzen, nachlässt. So würde aus einer großen Bewegung für ein bge eine große Frustration. Wir halten es nicht für sinnvoll, Abstimmungen zu erzwingen, wenn man weiß, dass man sie verlieren wird. Besser ist es, so lange für eine Idee zu werben, bis sie mehrheitsfähig ist.

Aber selbst wenn wir uns irren sollten und der Bundestag der Petition zustimmen sollte, ist diese Perspektive nicht besser als die einer Ablehnung. Es gibt augenblicklich im Parlament keine Mehrheit für ein Grundeinkommen, das den Namen bedingungslos verdient. Die vorliegenden Modelle aus den Bundestagsparteien sind in vielen Fällen mit erheblichen Einschränkungen verbunden. Besonders bezüglich der Höhe gehen alle Vorschläge außer der der BAG Grundeinkommen der Linkspartei (die in der Fraktion nur von einer kleinen Zahl Abgeordneter Zustimmung erhält) von Beträgen aus, die für Singles deutlich unter den aktuellen Sätzen der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (Hartz IV) liegen. Es kann nicht Aufgabe einer sozialen Bewegung sein, einer Absenkung der Transferleistungen den Weg zu bereiten. Wenn die BefürworterInnen diese Gefahr nicht sehen, dann können wir diesbezüglich nur der Kritik von gewerkschaftlichen und anderen SkeptikerInnen eines bge zustimmen:

Ein Grundeinkommen ist nur wünschenswert, wenn es die sozialen Lebensumstände der ärmsten Bevölkerungsteile verbessert. Bei heutigen Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag ist das ausgeschlossen, deshalb ist jetzt nicht der Zeitpunkt für Abstimmungen im Parlament, sondern für Aufklärung und Werbung für die Idee in der Bevölkerung und für Aktion und Protest gegen die unsozialen Vorstellungen zur Bewältigung der Krise auf der Straße. In diese Auseinandersetzung gehört die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen unbedingt hinein, aber genau da ist von ihren BefürworterInnen nichts zu sehen und zu hören. So orientiert die Petition nicht nur auf eine Niederlage im Parlament, sondern behindert auch ganz unmittelbar die Beteiligung an den wirklich zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Denn wenn die bisherige Politik zu

Krisenbewältigung fortgesetzt wird, dann sind auf viele Jahre alle finanziellen Mittel verplant, die für eine anständige soziale Sicherung erforderlich wären. Und die Grundeinkommensbewegung hat's verschlafen.

Ein weiterer gewichtiger Kritikpunkt liegt im Inhalt der Petition selbst. Ohne jede Not hat die Initiatorin ein Finanzierungsmodell – über Konsumsteuern – hineingeschrieben, das innerhalb der Bewegung höchst umstritten und nicht dazu angetan ist die verschiedenen Strömungen der BefürworterInnen zusammenzuführen. Eine Konsumsteuer in der Art der heutigen Mehrwertsteuer belastet niedrige Einkommen in deutlich höherem Maße als hohe. Zwar könnte dieser Schaden behoben werden, indem die Steuersätze deutlicher gespreizt, also z. B. Grundbedarfsartikel steuerfrei gestellt und Luxusgüter mit einem deutlich höheren Satz belastet würden. Aber auch dann bleibt das Problem bestehen, dass der Staat jedes Instrument verliert, um die großen Vermögensunterschiede zu bearbeiten. Wenn es keine Möglichkeit mehr gibt, auf die hohen Vermögen mit Steuern zuzugreifen, dann werden die Unterschiede noch schneller wachsen als bisher. Dabei sind es jetzt schon die großen Finanzvermögen, die wesentlich zur Entstehung der kapitalistischen Krise beigetragen haben und die zu ihrer sozialen Lösung dramatisch verringert werden müssen. Auch diesbezüglich orientiert die Petition also nicht nur auf ein für soziale Gerechtigkeit untaugliches Modell, sondern sie trägt direkt dazu bei, eine unsoziale, krisenhafte Politik aus der Verantwortung und aus der Kritik zu nehmen.

Daran wird sich attac Deutschland und die AG genug für alle nicht beteiligen.